Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 9

Artikel: Gedanken über Macht und Ohnmacht
Autor: Blöcker, Monica
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338128

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 9
September 1969

Profil

Dr. Monica Blöcker

Gedanken über Macht und Ohnmacht

Ein Kennzeichen unserer Epoche, glauben wir behaupten zu dürfen, ist die Stabilität der bestehenden Ordnungen. Einmal errungene Machtpositionen werden gehalten oder sogar ausgebaut. Ein Gleichgewicht, das sich irgendwie eingespielt und eine gewisse Zeit überdauert hat, ist kaum mehr zu erschüttern. Vor Jahren gezogene Grenzen, sei es auch nur provisorisch, sind sakrosankt geworden.

Die einen sehen die Beständigkeit als positives Ergebnis der Koexistenz an und bezeichnen sie als friedliche Entwicklung; die anderen nennen den Zustand, der ihnen unheimlich erscheint, apokalyptisch. Die Machthaber in Ost und West sind schon um ihres persönlichen Vorteils willen an der Erhaltung des Status quo interessiert; die Bürger, die ohne allzu grosse Anstrengung gut verdienen, unterstützen selbstverständlich die Politik der Regierenden; die Arbeiter in den hochindustrialisierten Ländern, die wissen, dass eine radikale Änderung ihnen nicht unbedingt Vorteile bringen wird, tragen das Ihre zum stetigen Fortschritt im Rahmen der gegebenen Verhältnisse bei.

Bestände auf der ganzen Welt schon eine Gesellschaftsordnung, die trotz naturbedingter Unterschiede gerecht genannt werden könnte, so wäre die Stabilität nur zu loben. Da aber die ökonomischen Gegebenheiten und daher auch die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen auf unserer Erde ganz und gar nicht ausgeglichen sind, fordert die Immobilität ihre Opfer. Die Leidtragenden sind die um ihre individuellen Rechte Betrogenen, die von einem diktatorischen Regime Unterdrückten und die wirtschaftlich Ausgebeuteten, denn sie können sich kaum mehr wehren. Das Schicksal der reformfreudigen Tschechen hat uns alle tief beeindruckt. Die Mächtigen sind dank der technischen Entwicklung nicht mehr auf die billigen Arbeitskräfte angewiesen und besitzen genügend Waffen, um ihre Position zu verteidigen, so dass jeder Widerstand im voraus zum Scheitern verurteilt zu sein scheint. Wenn eine Gruppe gegen alle Vernunft versucht, mit Gewalt die bestehenden Strukturen aufzubrechen, wenn ein Volk sich erhebt,

um für eine Verbesserung seines Loses zu kämpfen, erwartet sie ein fürchterliches Blutbad. Jeder Angriff setzt eine Maschinerie in Bewegung, die erst nach der vollständigen Vernichtung des Feindes oder ihrer selbst wieder zur Ruhe kommt.

Im Raketenzeitalter kann kein Kampf mehr auf humane Weise geführt werden, auch wenn die gefährlichsten Waffen nicht verwendet werden, da der menschliche Faktor, die Haltung und Leistung des einzelnen Kriegers, immer unwesentlicher geworden ist. Von Ritterlichkeit und einschränkenden Kampfregeln redet niemand mehr. Die traditionellen Soldatentugenden, wie Tapferkeit, Standhaftigkeit und rasche Entschlusskraft, besitzen nur noch geringen Wert; entscheidender für den Erfolg ist die materielle Ausrüstung, die Transportmittel, das Waffenarsenal — Maschinengewehre, Brand- und andere Bomben, Giftgase — und die Abwehrgeräte. Eine kriegerische Auseinandersetzung, die mit zeitgemässen Mitteln geführt wird, endet in der abstrakten Vernichtung alles Lebendigen. Dem Menetekel Hiroshima folgen Vietnam und Biafra.

Auch bei einer Revolte, einem lokal begrenzten Aufstand, zählen die Fähigkeiten und die Einsatzbereitschaft des einzelnen kaum mehr — es sei denn, der Revolutionär opfere bewusst sein Leben. Was zum Sieg verhilft, scharfe Munition und technisch vollkommene Waffen, ist käuflich. Sollten sich bei dieser Lage der Dinge die Machthaber nicht völlig sicher fühlen und unbesorgt ihre Interessenpolitik verfolgen? Sie könnten es, aber sie tun es nicht. Ein seltsamer Widerspruch wird sichtbar.

Die materielle Macht der Herrschenden ist heute gigantisch; so gross war sie noch nie in der Geschichte. Ihre geistige hingegen ist erstaunlich gering. Die Normen, welche die traditionelle Ordnung stützen, sind brüchig geworden. Der Konformitätszwang der geschlossenen Gesellschaft wird allmählich durch liberalere Denk- und Verhaltensweisen ersetzt. Altbekannt aber ist, dass dort, wo Gedankenfreiheit herrscht, Throne zu wanken beginnen. Es gibt kein Zurück zur Adelsherrschaft mehr — heisse sie nun Diktatur des Proletariats oder Ständestaat —, denn der mündig gewordene Mensch will selbst über sein Los bestimmen, trägt er doch auch die Verantwortung dafür. Die dominierende Kraft unserer Epoche, die Wissenschaft, verlangt von ihren Jüngern eine offene, kritische Geisteshaltung, was sich auf die gesamte Lebensführung auswirkt. Wer das Überlieferte nicht mehr a priori gut findet, wer jeden Wert, bevor er ihn anerkennt, einer Prüfung unterzieht, kurz, ein selbständig denkender Mensch stellt bald alle Vorrechte und autoritären Gebote in Frage. Beruht Autorität nicht auf entsprechender Leistung, sind Privilegien ungerechtfertigt, Vorrechte angemasst, so fühlt sich der demokratisch gesinnte Bürger herausgefordert. Um sich seine Selbstachtung zu erhalten, muss er offen gegen Ungerechtigkeiten auftreten. Daher rumort es in so vielen Ländern unter der akademisch gebildeten Jugend.

Veraltete Strukturen, die einer bestimmten Gruppe nützen, verhindern

vielerorts die Entfaltung der Demokratie, obwohl sie die dem technischen Zeitalter mit seiner Massenkultur einzig angemessene Staatsform ist. Von den Mächtigen wird begreiflicherweise die Tradition hochgehalten und die Einmütigkeit des Volkes zum höchsten Gut erklärt. Wer von den gegenwärtigen Zuständen profitiert, kann die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung, eines Wandels gar nicht einsehen. Von einschneidenden Reformen, die seine Macht beschränken könnten, will der Privilegierte selbstverständlich nichts hören. Dringen weitsichtige Patrioten auf Anpassung der Herrschaftsstruktur an den freiheitlichen Geist der Moderne, so wird ihnen der Mund gestopft. Gegen die Gängelei der öffentlichen Meinung scheint es keine wirksamen Gegenmassnahmen zu geben. Eine missliebige Kritik findet kein Forum, denn die Presse verkündet, was sich bezahlt macht; Radio und Fernsehen, von privaten Geldgebern meist unabhängig, erfüllen ihre Aufgabe als staatserhaltende Kräfte, indem sie gesellschaftliche Konflikte, wenn überhaupt, verharmlost darstellen: sie wirken also entpolitisierend. Praktische Versuche zur Änderung, und seien sie noch so harmlos, werden von übereifrigen Helfershelfern der Mächtigen im Keime erstickt. Der Unbegüterte und politisch Einflusslose darf im besten Falle wohl denken, was er will, kann aber weder selbst tun, was er für notwendig erachtet, noch andere dazu anregen. Ohnmacht ist sein Erbteil.

Wo keine Möglichkeit besteht, die Spannung zwischen Realität und den Träumen von einem gerechteren Leben in sozialer Arbeit oder politischer Wirksamkeit abzubauen, kann sie eines Tages unerträglich werden. Es gibt nur zwei Wege: Rückzug in die Innerlichkeit, Resignation, was indirekte Unterstützung der Mächtigen bedeutet, oder Flucht nach vorn in eine exemplarische Tat, die als ein Fanal wirken soll. Mit Teufels Gewalt wird eine x-beliebige Forderung durchgesetzt, eine Veränderung erzwungen, die nach Ansicht der Revoltierenden auf alle Fälle eine Wandlung zum Besseren bedeutet. Was ein verzweifelter Versuch war, inmitten einer korrupten Umgebung seine Integrität zu bewahren, erscheint dem fernen Betrachter als wahnwitzige und sinnlose Handlung, denn sie ruft sofort übermächtige Gegengewalt hervor. Sichtbares Ergebnis der Auseinandersetzung ist die Erhöhung der Mauern um die Regierungsgebäude und die Verstärkung der Sicherungen. Der Belagerungszustand ist erkennbar geworden.

Was geht uns das alles an?

Dank der fortschrittlichen Gesinnung der Staatsmänner, die unsere Verfassung schufen, und dank dem Einsatz sozialdemokratischer Politiker, die sich bemühten, das Interesse des werktätigen Volkes am politischen Geschehen zu wecken und zu erhalten, leben wir in einer Demokratie, in der Gegensätze ausgetragen werden können. Trotz ihren unleugbaren Mängeln sind die westlichen Demokratien nicht mit totalitären oder patriarchalischen Diktaturen zu vergleichen oder ihnen gar gleichzusetzen. Wer gezwungen ist, unter einem faschistischen Regime zu leben, muss es als puren Hohn empfinden, wenn die Atmosphäre in unserem Lande als faschistisch

oder — um sich den Schein von differenziertem Denken zu geben — als faschistoid bezeichnet wird. In der Schweiz, in der Pressefreiheit herrscht, in der Volksinitiative und Referendum institutionell verankert sind, besitzt der einzelne Bürger die Möglichkeit, ein Problem aufzugreifen und zur Diskussion zu stellen oder eine Sache ins Rollen zu bringen, falls er dem Willen die nötigen Taten folgen lässt und genügend Geduld aufbringt. Dass der Souverän, der jeweils von der Notwendigkeit und Richtigkeit einer Abänderung überzeugt werden muss, bei uns bisher meist konservativ reagiert hat, entwertet das demokratische Entscheidungsprinzip nicht.

Könnten wir unsere Aufmerksamkeit auf den kleinen Kreis unserer Nation beschränken, so fänden wir zwar manches zu verbessern und vieles zu erneuern, aber wohl keinen Grund zur tieferen Beunruhigung. Das Behagen der Kurzsichtigen im Kleinstaat wird nicht einmal durch das kaum lösbare Fremdarbeiterproblem gestört. Wer jedoch keine Scheuklappen trägt, dessen Blicke werden, ob er es will oder nicht, immer wieder von auffallenden Ereignissen in anderen Ländern und Staaten angezogen. Er fühlt sich mit Recht durch weitentfernte Geschehnisse betroffen, denn die moderne Zivilisation mit ihrer technischen und wirtschaftlichen Verflochtenheit lässt kein Abseitsstehen mehr zu.

Mächtige und Hilflose. Prüfen wir ehrlich die Lage, so erkennen wir, dass wir Schweizer als Gesamtheit zu den Mächtigen, den vom Schicksal Bevorzugten, gehören. Im Vergleich zu den arbeitslosen Habenichtsen in den Entwicklungsländern sind wir alle reich, gehören wir gesamthaft zu den Kapitalisten. Jeder, auch der Schweizer, der für soziale Gerechtigkeit kämpft und sich in seinem Privatleben streng an die sozialistische Ethik hält, profitiert von der, international gesehen, glänzenden Wirtschaftslage der Schweiz, die mindestens ebensosehr der geschickten Ausnützung der Märkte — lies: der Ausbeutung wirtschaftlich Schwächerer — wie unserer Hände Arbeit zu verdanken ist. Unser harmonisches politisches Leben ist sicherlich ein Produkt der andauernden wirtschaftlichen Konjunktur. Die ketzerische Frage taucht auf, ob wir uns den Luxus der direkten Demokratie nur dank unserer privilegierten Stellung leisten können.

Weil Nutzniesser und Opfer der bestehenden wirtschaftlichen Strukturen nicht mehr in derselben Gesellschaft zusammenleben, sehen wir die Lohnsklaven nicht und vergessen sie deshalb leicht. In unseren Himmelsstrichen verwischen sich die Klassengegensätze immer mehr. Der Ausgleich, der durch progressive Steuern und Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen wird, nützt der Mehrheit der Bürger und wird von ihr bejaht; umstritten ist höchstens das Mass. In der Entwicklung zurückgebliebene Regionen und Länder weisen dagegen noch beträchtliche Unterschiede in der sozialen Stellung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. Dort mühen sich viele der Taglöhner von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang ab, um sich das Lebensnotwendigste zu verschaffen; oft gibt es für die ungeschulten Kräfte nicht einmal genügend Arbeitsgelegenheiten. Die armen Leute werden in

eine Umwelt hineingeboren, die ihnen keine Chance bietet, sich berufliche Kenntnisse anzueignen, geschweige denn ihre persönlichen Fähigkeiten auszubilden. Hängt ihr Los in einer Welt, deren schicksalshafte Einheit sich immer deutlicher offenbart, nicht mit dem unsrigen zusammen?

Bei solchen Gedankengängen beginnen sich Sozialisten, die es ernst mit ihren humanen Idealen meinen, unbehaglich zu fühlen und verzweifelt nach einem Ausweg zu suchen. Die einen, die es nicht ertragen, sich selbst als Schuldige betrachten zu müssen, folgen der simpelsten Lösung: sie erklären sich solidarisch mit dem um seine Rechte kämpfenden internationalen Proletariat, greifen jeden Anlass zur Unruhestiftung auf und bemühen sich, den Klassenkampf bei uns wieder anzufachen. Sie wecken absichtlich niedrige Gefühle wie Neid, säen Hass und bauen künstlich Fronten auf. Heraufbeschwören von Krisen in den vorhandenen Institutionen, Verunsicherung der Amtsträger lautet wieder einmal die Parole. Die mit der Revolution Kokettierenden glauben, wenn sie das äussere Symptom unseres Wohllebens, die politische Harmonie, zerstört hätten, ihren Beitrag zur Befreiung aller Unterdrückten geleistet zu haben. Dass sie den Notleidenden, den Erniedrigten und Beleidigten keinen Dienst tun, wenn sie potentielle Helfer paralysieren, sehen sie in ihrem blinden Aktivismus nicht.

Andere, die ebenfalls die Gewissensbisse nicht aushalten, finden für sich einen besseren Weg: sie stellen ihr Wissen und Können denen zur Verfügung, die es am ehesten benötigen. Auf den gewohnten Komfort verzichtend, arbeiten sie während einer gewissen Zeit an Entwicklungsprojekten in den gefährdeten Gebieten mit. Die säkularisierte Missionsarbeit verdankt ihre Anziehungskraft verschiedenen Gründen. Als Aufbauwerk, dessen Sinn und Wert offenkundig sind, gewährt sie unmittelbare innere Befriedigung; sie erleichtert aber auch die Flucht aus dem unbewältigten, daher tristen Alltag, erlaubt, unterdrückten Geltungsdrang auszuleben, und kommt der jugendlichen Abenteuerlust entgegen. Nutzen aus der Hilfe ziehen nicht nur die Völker, denen technische Kader fehlen; wie bei jedem Erziehungsprozess können die Lehrer selbst viel von den Schülern lernen. Vom Standpunkt des Idealisten aus betrachtet, ist der persönliche Einsatz höchst wertvoll; von den tatsächlichen Bedürfnissen der unterentwickelten Länder aus beurteilt, erscheint die Lösung jedoch ebenfalls fragwürdig, denn sie schafft die grundsätzlichen Probleme nicht aus der Welt. Individuelle Entwicklungshilfe wirkt wie ein Tropfen auf einen heissen Stein. Vielleicht trägt sie sogar dazu bei, die Schärfe der Krise, die bei dem heutigen Vorgehen schneller, als man sich eingestehen will, kommen wird, zu verschleiern.

Nur wer sich den Konflikt bewusst macht und ihn aushält, kann wirklich mithelfen, die gefährliche Entwicklung zu steuern. Er beteiligt sich aktiv an der Überwindung des Gegensatzes zwischen reichen und armen Nationen, indem er im eigenen Lande die notwendigen Schritte für eine wirk-

same Unterstützung der Bedürftigen einleitet, da ein Beistand, der genügen soll, von der Allgemeinheit getragen werden muss. Härter als die Arbeit im Busch wird der Kampf um die Bereitstellung angemessener Mittel sein. Sollten doch Summen aufgebracht werden, die in einem richtigen Verhältnis zum Volkseinkommen des wohlhabenden Spenders und zu den Bedürfnissen des verschuldeten Empfängers stehen. Da das pragmatische Schweizervolk grosse Geldbeträge nur für einen Zweck, dessen Nutzen es einsieht, bewilligt, ist eine breit angelegte Aufklärungskampagne durchzuführen. Ähnlich argumentierend, forderten schwarze Intellektuelle in Neuyork jüngst die radikalen weissen Studenten, die an ihrer Seite für die faktische Gleichberechtigung der Farbigen und Black Power kämpfen wollten, auf, in ihre Gemeinden zurückzukehren und dort eine fortschrittliche Haltung zu propagieren. Als erstes wäre die den Fachleuten geläufige Tatsache allgemein bekannt zu machen, dass bisher die finanzielle Hilfe den Gebern immer noch mehr Profit eingebracht hat als den angeblich grosszügig Beschenkten, denn die neu gewährten Kredite reichten jeweils kaum aus, um die Zinsen für die früheren Darlehen zu bezahlen.

Auch der kühle Rechner wird bald begreifen müssen, dass die reichen Nationen es sich nicht mehr erlauben können, Völker, die noch kein konkurrenzfähiges Industriepotential aufgebaut haben, ihrem Schicksal zu überlassen, denn zunehmende ökonomische Schwierigkeiten werden sie über kurz oder lang zu gefährlichen Handlungen treiben. Wer keine Hoffnung mehr besitzt, Probleme wie Bevölkerungsexplosion oder Nahrungsmangel mit humanen Mitteln bewältigen zu können, wer bei den herrschenden Verhältnissen nichts mehr zu gewinnen oder zu verlieren hat, setzt ohne weiteres alles, auch sein eigenes Leben, aufs Spiel. Es braucht aber heute nur noch einen Funken, um die ganze Menschheit in die Luft zu sprengen. Drängen wir die farbigen Brüder in Amerika, in Afrika, in Asien mit unserer Gleichgültigkeit an den Rand des Abgrundes, so werden sie, stürzend, uns alle mitreissen.

Prinzip der schweizerischen Aussenpolitik war einst allein der Humanität verpflichtete Neutralität. Als wir von dem Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei hörten, wussten wir ohne lange Überlegung, wem unsere Sympathie zu gelten habe. Auch die Biafraner können beinahe selbstverständlich mit unserem Verständnis für ihren Unabhängigkeitskampf rechnen. Wie aber werden wir uns zu Völkern, die sich gegen ihre Feudalherren auflehnen, verhalten, wenn sie als ersten Schritt die Enteignung der besitzenden Klasse proklamieren, wenn sie Rettung vom kommunistischen Modell erhoffen?